

Liechtensteiner Volksblatt

Adresse: Feldkircher Strasse 5, 9494 Schaan

Telefon (075) 237 51 51

Fax Redaktion (075) 237 51 55

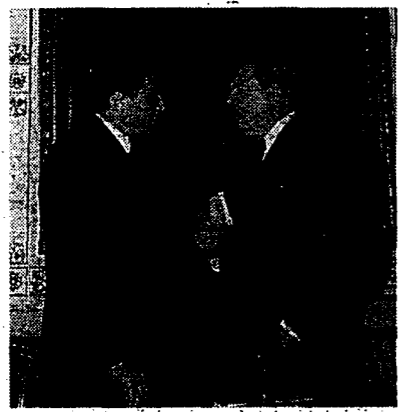
Fax Inserate (075) 237 51 66

Amtliches Publikationsorgan

1.00 Fr.

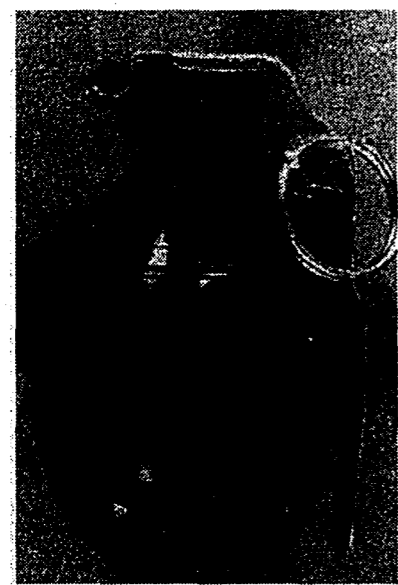
AKTUELL

Klima bereitet Regierungsumbildung vor



Der designierte österreichische Bundeskanzler Viktor Klima (im Bild zusammen mit Franz Vranitzky) bereitet eine Regierungsumbildung vor. Sozialminister Franz Hums sowie Verkehrs- und Wissenschaftsminister Rudolf Scholten (beide SPÖ) verlassen das Kabinett, wie die Nachrichtenagentur APA am Dienstag berichtete. Nach einer Sitzung des Ministerrats wollte Scholten seinen Rücktritt jedoch zunächst nicht bestätigen. Der Ministerrat tagte letztmals unter der Leitung des scheidenden Bundeskanzlers Franz Vranitzky. Er war am Samstag nach zehnjähriger Amtszeit von seinen Ämtern als Bundeskanzler und Vorsitzendem der sozialdemokratischen Partei Österreichs zurückgetreten.

Belohnung von 25 000 Franken für Tathinweise



Im Zusammenhang mit dem Paketbomberschlag in Buchs, bei dem ein 13jähriges Mädchen getötet und seine Mutter schwer verletzt wurden, laufen die polizeilichen Ermittlungen nach wie vor auf Hochtouren. Die Täterschaft konnte bislang noch nicht gefasst werden. Für Hinweise, die zu ihrer Ermittlung führen, ist inzwischen eine Belohnung von insgesamt 25 000 Franken ausgesetzt worden. Unser Bild zeigt den Handgranaten-Typ, der beim Anschlag verwendet wurde. Mehr dazu auf Seite 2 der heutigen Ausgabe.

Dollar gebremst

Der Aufschwung des Dollars ist am Dienstag an den internationalen Devisenmärkten gebremst worden. Hingegen festigten sich wichtige europäische Währungen gegen den Franken. 100 D-Mark kosteten im Zürcher Schlussgeschäft erneut mehr als 87 Franken. In Zürich wurden am Abend für einen Dollar 1,4135 (Vorabend: 1,4118) Franken bezahlt. Gegen die deutsche Währung galt die US-Währung 1,6235 (1,6243) DM. Die Tageshöchstwerte wurden bei 1,4200 Franken beziehungsweise 1,6270 DM notiert.

Wir dürfen nicht auf Kosten der zukünftigen Generation leben

Grundlegende Gedanken über die Zukunft unseres Staates – Landtagsvizepräsident Otmar Hasler über Aufgabe der Politik

(G.M.) – «Gerade in Zeiten des Umbruchs fühle ich mich wohl in einer Partei, deren Stärke die Geradlinigkeit im Denken und Handeln ist, die offen und vielschichtig in der Argumentation an die Probleme herangeht.» Mit dieser Erklärung beeindruckte Otmar Hasler, designierter Landtagspräsident der Fortschrittlichen Bürgerpartei in Liechtenstein, am Parteitag vom Montagabend. Die Bürgerpartei ist für ihn eine Partei, die unter grossen Persönlichkeiten in Landtag und Regierung Grundlegendes für Liechtenstein erreicht hat.

«Ich denke an die Einführung der AHV, die Schaffung des Wohnbauförderungsgesetzes, an die Gründung kultureller Einrichtungen wie die Musikschule, die Liechtensteinischen Kunstsammlungen und an die Gründung des Liechtensteinischen Entwicklungsdienstes, der einer der bedeutendsten Botschafter unseres Landes ist, sowie die Vorbereitung für die Aufnahme Liechtensteins in den Europarat», listete der bisherige

Landtagsvizepräsident einen Teil dieser grundlegenden Weichenstellungen für unser Land auf.

Ringens um den richtigen Weg

Die Fortschrittliche Bürgerpartei ist nach seinen mit grossem Applaus bedachten Ausführungen aber auch als Oppositionspartei ihrer Aufgabe im Dienste des Staates gerecht geworden. Sie habe führend in Bereichen der Umwelt, der Gleichberechtigung, der Gemeindefortschrittsreform, des Familienrechtes – um nur einige zu nennen – mitgewirkt. Ebenso habe sie in der Auseinandersetzung um die Integration Liechtensteins in Europa in anspruchsvollen Tagungen und Diskussionsrunden um den richtigen Weg gerungen und bedeutend zur heutigen Integration Liechtensteins in Europa beigetragen.

Effektive Kontrolle über Staatsverwaltung

Auf die aktuellen Affären der VU-Mehrheitspartei eingehend, betonte er

den Einsatz für eine starke Volksvertretung, die in Zukunft wiederum in der Lage sein müsse, die wesentlichen Ziele des politischen Wirkens zu bestimmen und die Kontrolle über die Staatsverwaltung effektiv und kompetent wahrzunehmen.

«Die missbräuchliche Verwendung öffentlicher Gelder in der Wohnbauförderung und in der Subventionierung von Krankenpflegeleistungen», konkretisierte Otmar Hasler seine Vorstellungen, «zeigen die Notwendigkeit effektiver und frühzeitiger Kontrolle auf.»

Die Übernahme politischer Verantwortung für Fehlleistungen ist für ihn eine Grundbedingung demokratischer Systeme. Als Oppositionspartei habe die Bürgerpartei in der Diskussion um die Verfassung nicht nur Forderungen gestellt, sondern federführend mitgewirkt. Sie werde ihre ganze Kraft einsetzen, um im Dialog mit dem Landesfürsten zu einer Revision der Verfassung zu kommen, die den Vertrag zwischen Monarchie und Demokratie weit über die Jahr-

tausendende hinaus vertiefe. «Schliesst mit uns einen Vertrag für die Sicherung der Fundamente unseres Staates und der Stärkung der Institutionen», forderte er die zahlreichen Teilnehmerinnen und Teilnehmer am Parteitag auf.

Förderung der Wirtschaft

Die Bürgerpartei setzt sich nach seinen Ausführungen für die Förderung der Gewerbebetriebe sowie für eine vielfältige Wirtschaftsstruktur mit modernen Industrieunternehmen und Finanzdienstleistungsbetrieben ein. Die Partei stehe für eine liberale Wirtschaftsordnung ein, die nur dort gesetzgeberisch eingreife, wo das Allgemeininteresse es verlange. «Schliesst mit uns einen Vertrag für eine Wirtschaftspolitik, die staatliche Eingriffe auf das Notwendige beschränkt, den Mittelstand fördert und die Rahmenbedingungen für unsere Wirtschaft ins nächste Jahrtausend hinein erhält und notwendige Verbesserungen in Angriff nimmt» forderte er den Parteitag auf. Mehr darüber auf den Seiten 6 bis 8.

Liechtensteinische Landesbank mit «glanzvollem Ergebnis»

Steigerung des Reingewinns im Geschäftsjahr 1996 um 14,4 Prozent – Bilanzsumme stieg auf über 10 Milliarden Franken an

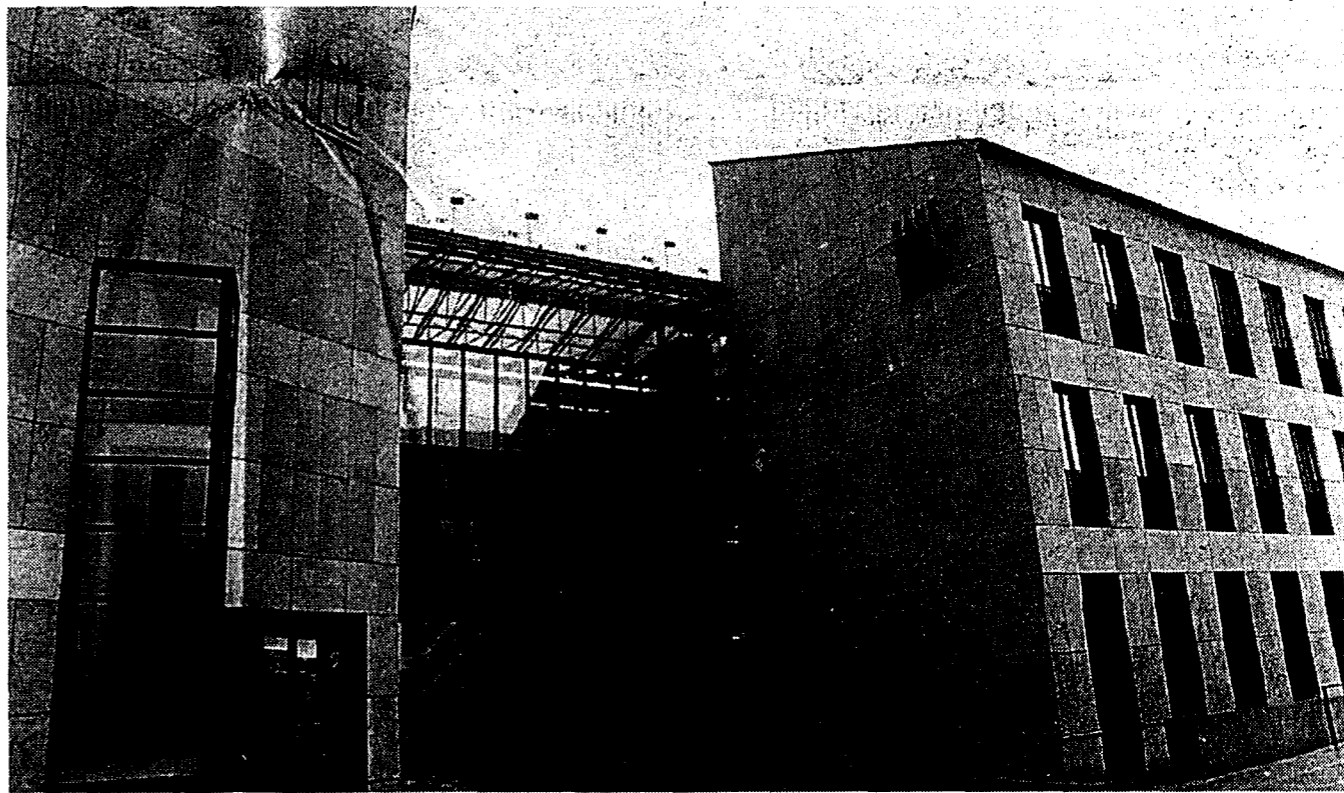
(G.M.) – Das Geschäftsjahr 1996 brachte der Liechtensteinischen Landesbank AG ein «glanzvolles Ergebnis» – mit hohen Zuwachsraten in praktisch allen Geschäftsbereichen. An einer Pressekonferenz wurde gestern das Geschäftsergebnis vorgestellt.

Die Bilanzsumme der Liechtensteinischen Landesbank AG hat im Geschäftsjahr 1996 die 10-Milliarden-Franken-Marke überschritten. Nach Angaben von René Kästli, dem Vorsitzenden des Direktoriums, betrug die Bilanzsumme am Jahresende 10,3 Mrd. Fr. Im Vergleich zum Vorjahr mit 9,4 Mrd. Fr. bedeutet dies eine Steigerung um 9,2 Prozent.

Ende 1996 verwaltete die Liechtensteinische Landesbank ein Kundenvermögen von 21,2 Mrd. Fr. Mit einer Zuwachsrate von 13 Prozent gegenüber dem Vorjahr überstieg das Wachstum der verwalteten Kundengelder die Steigerungsrate der Bilanzsumme erheblich.

Die Erfolgsrechnung der Liechtensteinischen Landesbank weist eine Steigerung des Gesamtertrags um 14 Prozent auf 227,1 (198,5) Mio. Fr. auf.

Mehr über das Geschäftsergebnis der Landesbank auf Seite 5.



Sind dies die Ergebnisse der Wirtschaftspolitik?

Zunahme der Arbeitslosigkeit zum Jahreswechsel 1997 – Frage nach der Wirtschaftspolitik

(G.M.) – Die Arbeitslosigkeit im Fürstentum Liechtenstein steigt und steigt. Die neuen Zahlen, die gestern von der amtlichen Arbeitsvermittlung beim Amt für Volkswirtschaft mitgeteilt wurden, weisen Ende 1996 eine weitere Zunahme der Arbeitslosigkeit aus. Insgesamt sind in unserem Land 366 Personen arbeitslos, was gegenüber dem Vormonat einer weiteren Zunahme um 32 Personen entspricht.

Die Arbeitslosenquote in Liechtenstein erhöhte sich nach Angaben der Arbeitsvermittlungsstelle von 1,4 auf 1,6 Prozent. Dies ist ein Wert, der in unserem Land zu grosser Besorgnis Anlass gibt, obwohl im umliegenden Ausland die Arbeitslosenraten höher liegen. Doch auch im Bereich der Arbeitslosigkeit dürfen die besonderen Verhältnisse in unserem Land nicht ausser acht gelassen werden. Bald könnte der Höchststand vom Februar 1994 wieder erreicht werden, als die Arbeitslosigkeit bei 1,8 Prozent lag.

Saisonale Ursachen?

«Saisonale Ursachen und Rationalisie-

rungsmassnahmen müssen als Hauptgründe für den Zuwachs betrachtet werden», schreibt die Arbeitsvermittlungsstelle. Auf den ersten Blick verwundere die Zunahme der Arbeitslosigkeit, da von den liechtensteinischen Betrieben die Wirtschaftssituation und Weiterentwicklung positiv dargestellt werde.

Als Begründung für die Zunahme der Arbeitslosigkeit aus saisonalen Gründen erwähnt die Arbeitsvermittlungsstelle den Jahreswechsel sowie die anhaltende Kälte, die je nach Branche teilweise mitgewirkt habe. Allerdings kommen die Neuzugänge aus den verschiedensten Berufsgattungen. Am meisten Neuzugänge wurden aus der Metall- und Maschinenbranche registriert, die von der Kälte wohl kaum beeinträchtigt worden sind. Gefolgt von Freistellungen aus dem Bürobereich und dem Gastgewerbe, die ebenfalls kaum vom frostigen Witterungsklima in Mitleidenschaft gezogen wurden.

Restriktionen statt Wirtschaftspolitik?

«Aufgrund der festgestellten Situation

auf dem Arbeitsmarkt ist es notwendig», teilte die Arbeitsvermittlungsstelle mit, «die bisherigen Massnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit weiterzuführen und laufend zusätzliche Vorkehrungen zu überlegen.» In diesem Sinne erfolge von der Arbeitsvermittlung neuerdings eine noch verschärfte Prüfung der Gesuche um Branchenwechsel. In engem Kontakt mit der Arbeitgeberseite würden auch die Bestrebungen verstärkt, Arbeitsverweigerungen von zugewiesenen Arbeitslosen besser zu erfassen. Auch hinsichtlich der Zuweisung von zumutbarer Arbeit sei eine Praxisverschärfung erfolgt.

Gibt es für den Wirtschaftsminister keine anderen Möglichkeiten als Restriktionen für die Arbeitnehmer, um von der relativ hohen Sockelarbeitslosigkeit wegzukommen?

Der Weisheit letzter Schluss einer aktiven Wirtschaftspolitik dürfte das Anziehen der Schraube bei Branchenwechseln und Arbeitserfassungen nicht sein. Wo bleibt die liechtensteinische Wirtschaftspolitik?

Zustimmung zu Holocaust-Fonds

Bern (AP) Die Aussenpolitische Kommission des Nationalrates hat sich am Dienstag in einer Konsultativabstimmung für die Schaffung eines Fonds aus den nachrichtlosen Vermögen ausgesprochen. Die Ratspräsidenten setzten gleichentags eine Koordinationsgruppe in diesem Zusammenhang ein.

Die Aussenpolitische Kommission (APK) des Nationalrates stimmte der FDP-Motion für die Schaffung eines Fonds in einer Konsultativabstimmung mit 19 zu zwei Stimmen bei einer Enthaltung zu. Mit der Motion wird der Bundesrat eingeladen, den eidgenössischen Räten noch dieses Jahr einen Entwurf zu einem dringlichen Bundesbeschluss zu unterbreiten, der es erlaubt, die durch die Volcker-Kommission oder andere Untersuchungsgremien eruierten nachrichtlosen Vermögen auf Schweizer Bankkonten einem öffentlichen Fonds des Bundes zur Verwaltung zuzuleiten.